

Neue Kriegsmaßnahmen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 7. Juni. Neben Köln und Hamburg hat die Presse der Verbandsmächte besonders oft die Stadt Frankfurt benützt, um sie mit albernen Märchen über Unruhen, Hungersnot, Aufstand und dergleichen in Verbindung zu bringen. So erst am 27. Mai wieder der *Matin*, während englische Blätter aus den Worten des Oberbürgermeisters und eines sozialdemokratischen Stadtverordneten ganz trübe Schilderungen der Lage in Deutschland entnehmen zu müssen glaubten. In Wahrheit sind hier wie anderswo gewisse Schwierigkeiten vorhanden gewesen und teilweise noch vorhanden, die man ganz öffentlich erörterte, um durch Umgestaltungen und durch Aufklärung der Bevölkerung zu bessern Verhältnissen zu kommen. In der Tat ist man dank den Anregungen aus der Stadtverordnetenversammlung, wobei es sich namentlich um den nationalliberalen Antrag gegen das Hamstern und auf eine Rationierung und Zuteilung der wichtigsten Lebensmittel handelte, nun auf dem Wege, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Man ist ihnen durch die Errichtung eines städtischen Nahrungsmittelamtes entgegengetreten, das gestern in Kraft trat und dem je acht Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung angehören. Daneben muß die Preisprüfungsstelle fortbestehen. Das

Gewerbeamt (früher Gewerbe- und Verkehrsamt), von dem die Verwaltung des Schlacht- und Viehhofs und alle Lebensmittelangelegenheiten abgetrennt sind, hat aber dennoch ebenfalls als die Amtsstelle für das Gewerbe- und Innungswesen mit der Lebensmitteloerteilung zu tun, so daß sein Vorsitzender mit den Vorsitzenden des Lebensmittelamtes und der Preisprüfungsstelle, sowie vier Beamten unter der Leitung des Oberbürgermeisters oder seines Stellvertreters zu regelmäßigen Besprechungen zusammentreten soll. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte eine Erhöhung der Teuerungszulagen für die städtischen Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter, die monatlich 70 000. M. zu den bisherigen Zulagen im gleichen Betrag erfordern. — Der Magistrat hat noch angeordnet, daß in diesem Jahr alle Beamten und Arbeiter den vollen Erholungsurlaub erhalten, nachdem sie größtenteils 1914 gar keinen und 1915 nur einen beschränkten Urlaub erhalten hatten, während die Amtstätigkeit wesentliche Mehrarbeit erforderte.